

Appell der AG Gendersprache im Verein Deutsche Sprache (VDS e.V.)  
an die Kandidaten für die Bundestagswahl 2025

Sehr geehrte Kandidaten für die Bundestagswahl 2025, sehr geehrte Damen und Herren,

ganz entgegen der politischen Behauptung, die sogenannte Gendersprache sei freiwillig oder würde lediglich empfohlen, wird sie auf allen gesellschaftlichen Ebenen massiv vorangetrieben und den Bürgern massenhaft aufgezwungen. Zwar lehnen bis zu 90% der Bürger nachweislich jede Form des Genderns ab, dennoch ist das Phänomen durch die Verbreitung von „Genderleitfäden“, gegenderten Behördenformularen, Elternbriefen, Unterrichtsmaterialien, Produkten und gegendeter Werbung allgegenwärtig.

Äußerst alarmierend ist der zunehmende Druck auf Verwaltungsmitarbeiter, Arbeitnehmer, Dozenten, Studenten und Schüler: Wer sich am Arbeitsplatz dem Gendern widersetzt, riskiert Abmahnung und Kündigung. Studenten, die Arbeiten in Standardhochdeutsch abgeben, werden schlechter bewertet, Schüler werden mit „gendersensibler“ Pädagogik und Didaktik überzogen und zu Schreibweisen wie Schüler\*innen, Schüler\_innen, Schüler:innen genötigt.

Zwei Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft für die Vermittlung der deutschen Sprache tun sich seit Jahren als Avantgarde der „Gendersprache“ hervor und machen sich damit zum verlängerten Arm staatlicher Sprachlenkung: das Goethe-Institut, das mit seiner Sprachvermittlung das Bild Deutschlands in der Welt prägt, sowie die Volkshochschulen, die den grundgesetzlich verankerten Bildungsauftrag erfüllen sollen.

**Staatliche Sprachlenkung verengt das Meinungsspektrum und schränkt das Grundrecht der Meinungsfreiheit ein. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir appellieren an Sie:**

1. Gewährleisten Sie die Einheitlichkeit der deutschen Sprache! Sorgen Sie dafür, dass in jedem Bundesland dieselben Regeln für die deutsche Sprache gelten! Verwenden Sie sprachübliche verallgemeinernde Formen wie Fußgänger, Herausgeber, Ansprechpartner oder Stellvertreter anstatt „zu Fuß gehende“, „Herausgebende“, „Ansprechperson“ oder „Stellvertretung“.
2. Unterstützen Sie Maßnahmen zur Beibehaltung der deutschen Sprache im Fachunterricht, im Verbraucherschutz, sowie vor Gericht!
3. Unterstützen Sie Maßnahmen zum Erhalt der deutschen Sprache als Publikations- und Wissenschaftssprache!
4. Beenden Sie die undemokratische Sprachlenkungspraxis der Nichteinstellung von genderkritischen Stellenbewerbern, resp. Kündigung von Mitarbeitern, die auf Verwendung der Standardsprache bestehen. Beenden Sie die schlechtere Benotung von Studenten und Schülern, die die Standardsprache verwenden, sowie die Nichtbewilligung von Fördergeldern in der wissenschaftlichen Forschung, wenn Anträge nicht „gegendert“ sind, sowie die Nichtveröffentlichung von Doktorarbeiten, die nicht „gegendert“ sind.
5. Beenden Sie die Subventionierung ideologiegetriebener Bildungsprojekte mit Steuergeldern!
6. §23 VwVfG regelt: „Die Amtssprache ist Deutsch.“ Unterstützen Sie Initiativen, die dem Deutschen als Landessprache Verfassungsrang geben, wie es in 26 anderen europäischen Ländern schon übliche Praxis ist!

V.i.S.d.P.  
Sabine Mertens